★ ANTIFA ★ JUGENDINFO

Antifaschistische Jugend-Zeitung

Ausgabe Hamburg 4 Jugendliche kostenlos/sonst -,50

Guten Morgen!

Etwas länger hat's gedauert, doch hier ist sie nun, die vierte Ausgabe des Hamburger ANTIFA-JUGENDINFO's.

Zurück auf dem (nunmehr großdeutschen) Boden der Tatsachen, müssen wir feststellen, daß sich doch ganz schön was verändert hat.

Mit einem beschlossenen großdeutschen Reich, ganz im Sinne der KapitalistInnen, erlebt der Nationalismus derzeit allerorten einen Aufschwung. Gleichzeitig kommt es in der BRD und in der (ehemaligen) DDR mehr und mehr zu offenem Rassismus, der sich auch in Gesetzen niederschlägt.

Die teutsche Besoffenheit nutzen die Bonner Koalitionsparteien aus, um mit freundlicher Genehmigung der SPD ein noch übleres, rassistisches und mit ihren Worten neues "Ausländergesetz" durch Bundestag und -rat zu peitschen.

"Deutschland - Einig Vaterland" - Die AusländerInnen, von denen das System nicht mehr profitieren kann, werden auf Gesetzesgrundlage vertrieben. Bezeichnend, daß ihnen im "neuen Ausländergesetz" nicht einmal mehr theoretisch die Grundrechte eingeräumt werden. Doch, wer hätte das gedacht?

Trotz eines angeblichen politischen Desinteresses beteiligten sich tausende von Jugendlichen an den Aktionengegen das "Ausländergesetz".

Am 14.4.90 besetzten SchülerInnen das Gymnasium Klosterschule, um ihren Protest gegen den Gesetzentwurf anzumelden.

Am 20.4.90 demonstrierten ca. 300 SchülerInnen von Klosterschule und Lohmühlengymnasium zur Ausländerbehörde.

Am 25.4.90 wurden zeitgleich das Kaifu-Gymnasium und die GS Stellingen besetzt. Auch hier gab es Informationsveranstaltungen zum Thema und Musik.

tags darauf demonstrierten unter dem Motto "Den Schreibtischtätern auf die Finger (sc)hauen" etwa 1.000 Jugendliche von der Schul- zur Ausländerbehörde, wo sie Abschiebesenator Hackmann aufforderten, den rassistischen Gesetzentwurf im Bundesrat abzulehnen. Schon Wochen vorher war mit drei verschiedenen Flugis von Antifa-Jugendfront, SchülerInnenkammer, DGB-Jugend und Jusos für die Demo mobilisiert worden. Die Demo selbst wurde dann interessanterweise vom allseits bekannnten und unbeliebten Polizeieinsatzzug-Mitte "begleitet". Diese Polizeieinheit hat sich schon des öfteren beim Auseinanderprügeln antifaschistischer Demos bewährt, so z.B. im Februar '89 bei einer Demo gegen die "Rep's", und am 3.3.'90 bei der Demo gegen den Faschoaufmarsch an der Moorweide. Und auch diesmal konnten sie, wo sie schon so schön ausgerüstet waren, es sich nicht nehmen lassen, eine Peerson wg. Überquerens der Fahrbahn festzunehmen.

Am 10.5.'90, einen Tag vor der Verabschiedung des Gesetzes im Bundesrat, wurde dann auch die Peter-Petersen-Gesamtschule besetzt.

was bleibt, ist die Tatsache, daß wir die Verabschiedung des Gesetzes nicht verhindern konnten. Wir können und werden aber immer noch versuchen, die (praktische) Anwendung dieses Gesetzes zu verhindern, denn für uns läuft die Trennungslinie immer noch nicht zwischen sogenannten "Deutschen" und sogenannten "AusländerInnen", sondern zwischen "oben" und "unten".

Wir werden weiterhin gegen Rassismus auf der Straße und auch von staatlicher Seite kämpfen; und wir haben auch gemerkt, daß sich viele Jugendliche an den Aktionen gegen das "Ausländergesetz" beteiligt haben, die sich vorher wenig oder gar nicht um Politik gekümmert haben, und das ist das gute gefühl, das bleibt.



Kein Vergeben - Kein Vergessen

52. JAHRESTAG DER REICHSPOGROMNACHT

Vor 52 Jahren, in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 fand im ganzen damaligen deutschen Reich ein staatlich organisierter Massenpogrom gegen die jüdische Bevölkerung statt - die sogenannte "Reichskristallnacht". Die Synagogen wurden unter Aufsicht der Feuerwehr abgebrannt, Geschäfte wurden verwüstet und geplündert. Die Polizei sah zu, die Justiz verfolgte keine der Gewalttaten und der zahlreichen Morde. Mehr als 20.000 Jüdinnen und Juden wurden allein am 9. und 10. November verhaftet; Tausende in die Konzentrationslager verschleppt, viele gefoltert und erschlagen.

Auf dem Weg zu dem Pogrom stand die schrittweise systematische Entrechtung der jüdischen Bevölkerung: die Nürnberger Rassengesetze, das Verbot der Ausübung von Berufen und die "Arisierung" genannte Enteignung der Jüdinnen und Juden. Bis heute schlagen Konzerne aus "arisiertem" Besitz Profit. Ein grosser Teil der deutschen Bevölkerung hat die gesellschaftliche Ausgrenzung mitgetragen, sich daran bereichert, den staatlichen Terror und das sanktionierte Verbrechen hingenommen. Die Nazis konnten an ein weitverbreitetes antisemitisches Gedankengut anknüpfen.

Als erstes hatten die Nazis die Organisationen der Arbeiterbewegung zerschlagen. KommunistInnen, GewerkschafterInnen, SozialdemokratInnen, Liberale und oppositionelle ChristInnen wurden zu Volksfeinden erklärt. Tausende wurden ermordet, Zehntausende in die KZ verschleppt, ins Exil oder in die Illegalität getrieben. Organisierter Widerstand war 1938 kaum mehr möglich.

Die Poromnacht war der vorläufige Höhepunkt auf dem Weg zum millionenfachen Massenmord. Sie sollte die Hemmschwelle der Bevölkerung für das weitere gewaltsame Vorgehen der Nazis senken. Die Pogromnacht bereitete den Angriffskrieg und die Unterjochung aller Nachbarvölker, die Vernichtung der Jüdinnen und Juden, der Roma und Cinti, der Behinderten und Kranken, der ArbeitsverweigererInnen, der Lesben und Schwulen und aller anderen vor, die außerhalb der "Volksgemeinschaft" gestellt worden waren.

Wir wollen der Pogromnacht gedenken. Gedenken heißt für uns: aus der Geschichte lernen, unsere Verbundenheit mit allen Opfern des faschistischen Terrors und das Vermächtnis des Widerstandes zum unverzichtbaren Teil unserer Politik zu machen, sensibel zu sein für politische Entwicklungen heute und gegen Unterdrückung und Ausgrenzung einzutreten. Aus der Geschichte lernen heißt, die Entwicklung autoritärer Herrschaft zu erkennen und nicht hinzunehmen.

Am 9. November des letzten Jahres, dem 51. Jahrestag der Novemberpogrome, haben sich 2.000 Menschen mit dem Kampf der Roma und Cinti für ihr Bleiberecht solidarisiert und auf dem Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme dafür demonstriert. Noch immer ist dieses Bleiberecht nicht durchgesetzt. Im Gegenteil: Wir sind mit täglich wachsendem Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung in Ost und West konfrontiert.



Am selben Tag des letzten Jahres wurden die Grenzen zwischen der BRD und der DDR geöffnet. Ausgerechnet an diesem Tag wurde -beispielhaft für die neue nationale Begeisterung- im Bundestag die Nationalhymne gesungen. Die Grenzöffnung und die "Vereinigung" beider deutscher Staaten ist mit der Geschichtsverdrängung in der BRD und deren internationaler Anerkennung verbunden. Nach über 45 Jahren soll die Kriegsschuld abgetragen, "das deutsche Volk heute ein Volk wie jedes andere sein". Das Ende der Nachkriegszeit wird verkündet.

Für viele Opfer des Nazi-Terrors, denen bisher eine Anerkennung ihrer Leiden und jede Entschädigung verweigert wurde, wächst die Gefahr, daß sie endgültig auf ihre Ansprüche verzichten sollen. Beispielhaft wurde dies in der versuchten Verknüpfung von der Anerkennung der polnischen Westgrenze und dem Verzicht ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter auf Entschädigung deutlich.

Der 9. November, der 52. Jahrestag des Pogroms, ist für uns Anlaß, zu aktuellen Entwicklungen Stellung zu nehmen, die deutlich machen, daß es einen gewollten Bruch mit der NS-Vergangenheit in der BRD nie gegeben hat. Wir erleben vermehrt die Schändung jüdischer Friedhöfe, Angriffe gegen Jüdinnen und Juden und ihre Einrichtungen. Übergriffe gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen sind an der Tagesordnung. Das "neue Ausländergesetz" entrechtet alle nicht-EG-BürgerInnen und legalisiert so die alltägliche Diskriminierung. Die große Koalition gegen das Grundrecht auf Asyl und die bewußte Verschärfung der Unterbringung von Flüchtlingen aus Osteuropa begünstigt Pogromstimmungen in der Bevölkerung. Die politisch Verantwortlichen betreiben immer schärfere Ausgrenzungen, z.B. mit Hilfe des "Schengener Abkomens", das Westeuropa zur Festung machen soll. Für eine nationalistisch eingestimmte Bevölkerung gehört dies alles bereits zur Normalität.

Wir erleben ein gesellschaftliches Klima, in dem Gentechnologen und Bevölkerungspolitiker an der Utopie eines "neuen Menschen" arbeiten können, in dem Euthanasie im akademischen und öffentlichen Streit wieder hoffähig gemacht worden ist, in dem ein neues Gesetz zur Zwangssterilisation Behinderter verabschiedet wird. Das Recht Behinderter, zu leben, wird von Kosten-Nutzen-Rechnungen abhängig gemacht.

Bewegungen und Gruppen, die sich gegen solche Entwicklungen zur Wehr setzen und für ihre Interessen eintreten, sehen sich vom weiteren Abbau demokratischer Rechte bedroht - von den Notstandsgesetzen über die Berufsverbote hin zu den Sicherheitsgesetzen und der Gesinnungsjustiz nach dem § 129a. KritikerInnen und GegnerInnen der "Vereinigung" werden diffamiert, um ihre Positionen auszugrenzen.

Der 9. November 1938 war der Tag des staatlichen Pogroms. Der 9. November 1990 soll ganz im Zeichen der Grenzöffnung stehen, um die Vergangenheit endgültig vergessen zu machen. Gegen das Feiern und Vergessen stellen wir am 9. November 1990 das Gedenken an die Opfer des NS-Regimes und ihr Vermächtnis: unser Eintreten für die internationale Solidarität, gegen den Nationalismus.

Wir fordern auf, an den Tagen um den 9.11. Veranstaltungen und Aktionen der Hamburger antirassistische Tage 1990 durchzuführen.

GEGEN DAS VERGESSEN!

FÜR DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!



Deutsche Faschisten, im spanischen Bürgerkrieg auf Francos Seite kämpfend

GROSSDEUTSCHER FREIZEITSPASS

Nach dem WM-Finale mußten ja mal wieder einige Deppen kräftig randalieren. Schildern wollen wir die Vorfälle in Neumünster, weil es hier eben nicht, wie es die Presse nur sehen will, irgendwelche einzelne Idioten waren, die zufällig ausgeflippt sind. Hier waren es Faschisten, die planmäßig ihren Terror verbreitet haben und von der Polizei dabei unterstützt wurden.

Die Aktionen der Faschisten:

Nach dem Finale zogen ca. 2000 Fußballfans durch die Innenstadt, ein großer Teil von ihnen grölte faschistische Parolen. Vor allem türkische Jugendliche wurden von der zum Teil bewaffneten Gruppe gejagt. Später zogen etwa 300-400 Nazis zum selbstverwalteten Haus in Neumünster und griffen dieses, den Infoladen Omega und den Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen sofort mit Steinen an.

Da die BewohnerInnen mit dem Angriff gerechnet hatten, gelang es den Faschisten nur, die Scheiben einzuwerfen und nicht, das Haus zu stürmen. Dafür verwüsteten sie einen Naturfarbenladen sowie das B.U.N.D-Büro und plünderten ein Schuhgeschäft. Bei einem Schlachter drangen sie noch zusätzlich in die Wohnung ein, um diese zu verwüsten. Nicht nur bei diesen Läden, sondern auch bei vielen Wohnungen wurden die Fenster eingeworfen. Nahezu alle Autos, die in der Nähe parkten, wurden demoliert. Das Auto einer Antifaschistin wollten sie anscheinend mitsamt der Fahrerin in Flammen aufgehen lassen.

Das Verhalten der Polizei

Die Polizei ließ sich erst blicken, als die Faschisten das Haus angriffen. Und zwar mit einem Streifenwagen, um zuzuschauen, wie die Nazis 2 1/2 Stunden lang





Leute zusammenschlugen und ihrer Zerstörungswut freien Lauf ließen. Kein einziger Faschist wurde verhaftet. Und das nicht etwa, weil sich die Polizei nicht in der Lage sah, einzugreifen. Auf Hilfe durch auswärtige Polizeikräfte verzichtete die Neumünsteraner Polizei mit der Begründung, daß sie alles unter Kontrolle habe.

Als aber dann die Lage für die Nazis brenzlig wurde, da zahlreiche AntifaschistInnen eintrafen, um die Nazis zu vertreiben, war urplötzlich jede Menge Polizei da, die selbstverständlich erst die Faschisten schützte und dann die AntifaschistInnen angriff. Auch einige türkische Jugendliche meinte die Polizei attackieren zu müssen.

Warum dieses "widersprüchliche" Verhalten der Polizei?

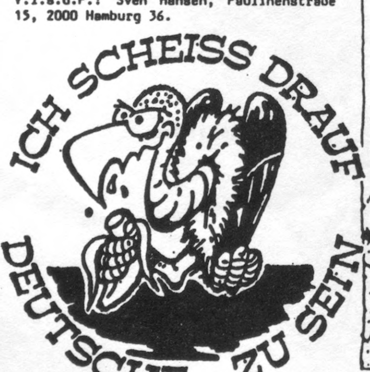
Die Polizei hatte früher auch immer gern das selbstverwaltete Haus angegriffen. Einmal übertrieben sie es, als sie ohne Grund unter anderem das Haus mittels CS-Gases ausräucherten. Danach konnten sie sich ihren offenen Terror nicht mehr leisten, ohne von der Öffentlichkeit allzu sehr kritisiert zu werden. Deshalb unterstützt die Polizei die Faschisten, fabrizieren die doch den gleichen Terror wie sie, ohne daß sich die Polizei dafür rechtfertigen muß. Zugleich bietet sich für die Polizei die Möglichkeit, Leute, die nicht auf die Polizei vertrauen und sich gegen den Nazi-Terror wehren zu attackieren und zu kriminalisieren.

°°°in peinlicher Sache...°°°

Leider werden sich einige von Euch noch an den Artikel im letzten Info erinnern, in dem eine kurze Abhandlung zu "Schnürsenkeln" war... Wir erinnern do wirklich nicht gerne dran, aber der Auto r hat das Gefühl, sich für diesen Schwachsinn entschuldigen zu müssen. Den Hampelkram übernehmen, den sich die Faschos ausdenken, ist alleine schon dusslig genug; das auch noch zu drucken und zu verbreiten ist peinlich ohne Ende. Der Depp von Schreiber mußte auch mittlerweile vor versammelter Jufro 15mal die Sätze aufsagen: "Ich will nie mehr so einen Käse schreiben", "Ich soll nicht immer gewaltverherrlichende Texte unters Volk bringen" und "Ich rede nur noch, wenn ich gefragt werde". Sorry nochmal, und vergeßt das ganze. Bitte!

IMPRESSUM

Das Hamburger Antifa-Jugendinfo wird von der Antifa-Jugendfront Hamburg herausgegeben und von engagierten AntifaschistInnen verteilt. Gegen einen Abdruck in SchülerInnen- oder Jugendzeitungen haben wir natürlich nichts einzuwenden - GEGEN ZUSENDUNG EINES BELEGEXEMPLARS! (Gilt auch für Meiendorf!)
Das Info erscheint unregelmäßig als Eigendruck im Selbstverlag.
V.i.S.d.P.: Sven Hansen, Paulinenstraße 15, 2000 Hamburg 36.



Die Hooligans von Tony Husband







Post

Endlich haben wir auch mal Post mit inhaltlicher Kritik bekommen. Der Brief kam kurze Zeit nach Erscheinen des letzten Infos, an das sich inzwischen auch nur noch die älteren unter uns erinnern können, und bezog sich auf den "Großdeutschland"-Artikel in ebenjenem. Seitdem ist eine lange Zeit verstrichen. Sollte irgendjemand von Euch in der Zwischenzeit einen schreibmaschinengetippten Brief gefunden, weißes Papier, Din-A-4-Format und einseitig beschrieben, bitte hier abliefern... wir brauchen den für unser Archiv!

Aus dem Gedächtnis läßt sich jedenfalls hervorkramen, daß der Schreiber mit dem Artikel nicht so richtig einverstanden war, weil er seiner Ansicht nach die Realität in der damaligen DDR als zu freundlich darstellte. Ein Kritikpunkt war, daß durch das Bildungssystem in der damaligen DDR angepaßte SchülerInnen bevorzugt worden seien; daß überhaupt nur diese die Chance gehabt hätten, einen höheren Schulabschluß zu kriegen. Das ist völlig korrekt. Was anderes stand in dem Artikel allerdings auch nicht drinnen. Es ging ja nur darum, daß in der DDR Kinder von armen Eltern dieselben Bildungschancen hatten wie die von reichen Eltern; im Gegensatz zu hier, wo es eine echte Hürde bedeutet, ans BaföG ranzukommen. Da war die Politik mal ausgeklammert. Der Effekt bleibt derselbe: eine Förderung von geburtstechnisch nicht gerade begünstigten jungen Menschen findet nicht (mehr) statt.

Punkt zwei war, daß nicht erst die Wiedervereinigung das Wiederaufleben des Faschismus bedeutet, sondern daß die Massen der Faschos auch vorher schon dagewesen seien der SED-Staat habe dies nur nicht zur Kenntnis nehmen bzw. verschweigen wollen. Schon möglich, nur inzwischen haben die Faschisten viel bessere Möglichkeiten, sich zu organisieren, da sie a.) jetzt legale Gruppen gründen können und zur öffentlichen Propaganda fähig sind, und b.) massiv Hilfe von Faschisten aus dem Westen erhalten können. Das ist in erster Linie ein Qualitätsunterschied, der sich auf die Dauer aber auch in den Zahlen niederschlagen wird. Nebenbei bemerkt, bestreitet ja auch niemand, daß das alte Regime mit seinem Pseudo-"Sozialismus" selbst die besten Voraussetzungen für das Gedeihen dieser Brut schuf. Das wird drüben wahrscheinlich in nächster Zeit noch härter werden, da die Zukunftsaussichten für die Jugendlichen dort mehr als schlecht sind; die Firmen machen reihenweise pleite, und Lehrstellen sind dementsprechend Mangelware. Sowas schlägt sich ja meistens in einer politischen Radikalisierung nieder, und daß die nach links abläuft, ist nach 40jähriger Vorarbeit der Machtwixer wohl kaum zu erwarten.



...Sie nennen sich "Ethiker"...

GG Art 2:"...jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit..."
...und auf Sterbehilfe, Euthanasie und Zwangssterilisation...

Euthanasie ist die Tötung von Menschen, die nicht über ihr eigenes Leben entscheiden können, beispielsweise behinderte Säuglinge. Sterbehilfe und Euthanasie gehörten zu den NS-Verbrechen, werden aber langsam wieder aktuell. Es wird wieder in "wertes" und "unwertes" Leben unterschieden und öffentlich diskutiert, wer ein Lebensrecht hat und wer nicht. Eine gefährliche Illusion findet immer mehr Anhänger: Die Vorstellung vom perfekten, gesunden Menschen. Der starke Mensch mit einem gesunden Verstand als höchstes Ziel der Lebensqualität.

Die sogenannten Bio-EthikerInnen erforschen, welche Gruppen von Menschen dem perfekten Bild entsprechen. Alte und kranke Menschen, Behinderte und Unfallgeschädigte entsprechen diesem Bild nicht, und so spricht z.B. Peter Singer, ein australischer Bio-Ethiker im Zusammenhang mit solchen Gruppen vom "human vegetable" - vom menschlichen Gemüse.

Im Juni 1989 sollte ein Kongress in Hamburg stattfinden mit den Themen: "Bio-Technik" - "Ethik - geistige Behinderung" und Sterbehilfe. Als Referent wurde Peter Singer geladen. Aufgrund massiver Proteste wurde erst P. Singer ausgeladen, später der ganze Protest abgesagt. Dieses Jahr, am 16/17 Juni sollte ein ähnlicher Kongress -wieder mit Singer- in Bochum stattfinden.

Der Entschluss der Gentechnologie-GegnerInnen stand fest: auch dieser Kongress muß verhindert werden. Zwei Wochen vor Beginn war er dann auch wirklich abgesagt worden, mit der Erklärung: um eine Auseinandersetzung zu verhindern...

Dieses ist aber nur ein kurzer Erf[illegible] denn die Tatsache, daß in Rundfunk[illegible] Presse die herbe Aussonderung vo[illegible] "nicht-ideal"-Gruppen stattfindet und Faschisten wie Peter Singer die Vorteile einer Tötung von behinderten Säuglingen verbreiten dürfen, werden nur weiter das Bild vom guten und vom schlechten Menschen vervollkommnen.

Für ein Leben jenseits von

Aussonderung

Normen

Leistungszwang

Sexismus

Rassismus

Kontrolle

